

WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

August 2023



Südmährerhof
im Museumsdorf Niedersulz
(Niederösterreich)



Inhalt:	
01. Pavel dankt Posselt	S. 02
02. ST: Feier nach „Spezialoperation“	S. 03
03. Bdl. Kapitulation u. das Witikonische Erbe	S. 04
04. Das Wort des Vorsitzenden	S. 05
05. Verleihung der Karl-Hausner-Medaille	S. 05
06. Witikonen beim Sudetendeutschen Tag	S. 06
07. Interessanter Vortrag von Prof. Manfr. Kittel	S. 07
08. Tschech. Verfassungsrichter tanzt aus der Reihe	S. 08
09. Freigabe von Akten nach 30 Jahren	S.09
10. Der Brünner Erinnerungsmarsch	S. 10
11. Die Welt verstehen	S. 14
12. Chronik eines Umbruchs, 5. Folge	S. 15
13. Die „Gerichtsbarkeit“ der Bühne	S. 18
14. Hände weg von der Kärntner Landeshymne	S. 20
15. Die Paulskirchenfeier am 18. Mai 2023	S. 21
16. Der Nachlass von Dr. Walter Becher	S. 22
17. Vertreibung im Indischen Ozean	S. 23
- und weitere Beiträge passim -	

Impressum

DER WITIKOBRIEF. (Mitteilungsblatt des Witikobundes, einer für Menschen- und Völkerrecht eintretenden sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung). Herausgeber: Witikobund e.V.

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei. V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867.

Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de

Druck: Wolfring, An der Riedwiese 6, 61250 Usingen

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!

Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); (alt: Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70); Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF; (alt: Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411. Bei Spenden bis 200 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg u. die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg. Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 65. Jahr!

Pavel dankt Posselt

Am 19. Mai 2023 besuchte der tschechische Präsident, Petr Pavel, die bayrische Grenzstadt Selb, um an der Eröffnung einer bayrisch-tschechischen Freundschaftswoche teilzunehmen. Er kam auf einem „bayerischen Motorrad“ (sh. Bild) und traf sich mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt. Dabei bedankte er sich besonders bei letzterem für „verbesserte Beziehungen“ und sagte wörtlich: „*Ich begrüße den Wandel in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und möchte mich bei Bernd Posselt bedanken, ich schätze es wirklich hoch*“.

Diese Hochschätzung kann man nachempfinden, denn es geht um 27.000 qkm Land mit 125.000 Bauernhöfen, 200.000 Einfamilienhäusern, 11.200 Industrie- und 55.000 Gewerbebetrieben im Wert von 265 Mrd. DM (Stand 1981, UNO).



Ein dankbarer Präsident auf Reisen

Fundstücke:

- 1) Im Juli 1939 (Protektorat!) bot das Deutsche Reich Frankreich und England tschechische Panzer und Flugzeuge zum Kauf an, was eigentl. gegen deutsche Kriegspläne spricht (Voitech Mastny, Czechs under Nazi-Rule, S. 87).
- 2) Frau Dr. Alice Masarykova, die Tochter des ehem. Staatspräsidenten, war 1945 „über die allgemeinen Diebereien im Grenzgebiet“ und im Binnenland entrüstet und verwies auf einen nachgelassenen Brief ihres Vaters, worin er den Hang der Tschechen „zum Stehlen“ beklagte (Ladislav Feierabend, Prag-London, vice-versa II, S. 402).
3. In Prag mussten die Deutschen 1945 keine weißen (od. gelben) Armbinden tragen, weil Benesch vor den ausländischen Diplomaten und Journalisten „Theater spielte“ (Kurt Werner, Geboren in Aussig an der Elbe, 1986, S. 67).
4. Zu den maßgeblichen Gründern des Witikobundes gehörte 1947 der Redenschreiber Henleins, Dr. Walter Brand, der von den Nazis sechs Jahre lang (1939 bis 1945) im KZ festgehalten wurde.

ST: Feier nach „Spezialoperation“

Beim 73. Sudetendeutschen Tag (ST) in Regensburg wehten tschechische Flaggen und erklang die tschechische Nationalhymne. Dieses überfreundliche Zeremoniell wirkte etwas deplatziert, weil damit ein leider unverbesserlicher Vertreiberstaat umschmeichelt wurde. Dazu kamen Versöhnungsjubel und Reden über „historische Momente“ (Posselt) oder über „Wunder“, mit denen nun sogar „das Werk vollbracht“ sei (č. Minister Bek). Das beruhte natürlich auf dem OLG-Urteil vom 4.11.2022, das die 37 Löschanträge gegen die SL-Satzung verwarf. Insofern ist „das Werk“ jetzt tatsächlich „vollbracht“, das viele allerdings eher für den erfolgreichen Abschluss einer „Spezialoperation“ gegen die Volksgruppe halten.

Ein „dreckiger“ Sieg

Im Fußball gibt es „dreckige“, also unverdiente Siege. So ähnlich war es auch beim SL-Sieg im Satzungsstreit. Immer wieder wurden Verfahrensfehler beiseite ge-



Hier wurde der „historische Moment“ verkündet. Hauptkundgebung beim 73. Sudetendeutschen Tag. Die Ränge im Hintergrund sind leer.

wischt, und über die letzten Hürden half das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID 19-Pandemie“! Vollends schmuddelig wurde der SL-Sieg jedoch durch eine bizarre Wahlordnung zur SL-Bundesversammlung (BV). Weit entfernt vom Prinzip „one man-one vote“ sorgt sie durch Kooption, Listenwirrwarr und Mindeststimmzahl dafür, dass die wirklich zahlenden Mitglieder dort nur noch ein Schattendasein führen. Da sich (trotz versuchter Wahlanfechtung) in der BV auch „Delegierte“ aus längst erloschenen Landesverbänden tummeln, waren Abstimmungen über Satzungsänderungen bei knappen 75%-Entscheidungen natürlich ein Unding!

Keine Urteilskraft

Die SL-Bundesversammlung ist nicht nur falsch besetzt, sondern auch ohne Urteilskraft. Sie ließ sich einreden, Paragraph 3 der alten Satzung sei nicht mehr **zeitgemäß**. Dieser Paragraph beruhte aber auf den menschen- und völkerrechtlichen Standards, die im vorigen Jahrhundert gerade gegen zeitgeistbedingte Politik-Moden geschaffen wurden. Dagegen vorzugehen, sollte die SL lieber den Herren Putin, Kaczyński und Netanyahu überlassen. Mit der Entkernung ihrer eigenen Satzung besiegelt sie leider nur das, was seit St. Germain angestrebt wird: Die endgültige Rechtslosstellung der Sudetendeutschen.

Die DNA der Sudetendeutschen

Einem „*tutto e finito*“ der Volksgruppe werden sich aber Witikobund e.V. und der neue Sudetendeutsche Landesverband Bayern e.V. entgegenstellen. Sie werden ihr helfen, bei ihrer DNA zu bleiben: Diese verlangt den geradlinigen Weg der Wahrheit. Daher hier noch einmal eine Zusammenfassung: Das Wort Versöhnung kommt von „Sühne“ und meint eine Leistung als Ausgleich für eine Schuld. Die Sudetendeutschen mussten in den letzten 100 Jahren gleich zweimal sühnen, jedoch immer nur für die Schuld anderer. 1918 büßten sie stellvertretend für „300 Jahre Habsburg in Böhmen“ und 1945 wieder stellvertretend für sechs Jahre „reichsdeutsches Protektorat“. Das ist die Wahrheit, aber aus Opfern sollen ja Täter gemacht werden. Damit das leichter geht, wird etwas Europa beigemischt. Aber die „Anbetung“ übergeordneter Ideale, die angeblich alle vorhandenen Risse zuleistern, hat noch nie geklappt. Weder 2004 bei der EU-Aufnahme der Vertreiberstaaten, noch früher, anno 1848, als die Deutschen glaubten, mit dem böhmischen Landespatritismus einen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben. Getäuscht hat sich auch die Sudetendeutsche Sozialdemokratie, als sie zwischen 1918 und 1938 immer wieder mit den tschechischen Sozialdemokraten (meist auf Kosten sudetendeutscher Belange) flirtete und dabei hoffte, das übergeordnete Klasseninteresse würde eines Tages die nationale Kluft überbrücken. Die Suche nach der Zauberformel war auch damals erfolglos.

Kannte Kundera die Lösung?

Als Milan Kundera vor kurzem starb, kam sein Bestseller „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“ wieder ins Gespräch. Darin rühmt der Autor den griechischen Sagenhelden Oedipus, der sich nach

Einsicht in seine Fehler selbst bestrafte. Kundera vermisste seinerzeit die gleiche Reaktion bei den stalinistischen Führern in Prag. Wir dürfen das aufgreifen: Auch die Verteidiger der Beneschdekrete sollten dem antiken Beispiel folgen. Die Strafe kann dabei ruhig etwas milder sein. Hauptsache, dem Recht wäre eine Schneise geschlagen! (F.V.)

Bedingungslose Kapitulation und das witikonische Erbe

Am 8. Mai 1945 kam es zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. In Bezug auf die Vertriebenen galt sie aber nur in der sowjetisch besetzten Zone, wo keinerlei Vertriebenenorganisationen geduldet wurden. In den drei Westzonen erkannte man deren antikommunistisches Potential und ließ sie (zwar an langer Leine) gewähren. Das endete erst 1996, als das Finanzministerium (unter Dr. Waigel, CSU) den Vertriebenenverbänden mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit drohte, wenn sie weiter auf Restitution bestünden. Alle Verbände änderten flux ihre Satzungen, die SL allerdings erst nach einer Rücktrittsdrohung Franz Neubauers (CSU). Das war im Jahre 1997. Doch vier Jahre später setzte die SL-Bundesversammlung auf Betreiben einiger Witikonen die alte Satzung wieder in Kraft. Den Widerruf zu widerrufen war nun seit 2015 das Ziel des Herrn Posselt. Seine Vorbehalte gegen grundsatztreue Politik waren schon 2005 erkennbar, als er in einer ausführlichen Würdigung des SL-Altsprechers (1968-82) Dr. Walter Becher dessen führende Rolle im Witikobund verschwieg. Bezeichnend war auch, dass sich Herr P. in zwanzig Jahren als EU-Parlamentarier allenfalls über Balkanfragen äußerte. Selbst als 2011 im EU-Petitionsausschuss die Eingabe zweier Ungarn gegen die Beneschdekrete behandelt wurde, glänzte er durch Abwesenheit, obwohl er am Ort war und Rederecht gehabt hätte. Das können drei damals dort anwesende Witikonen bezeugen.

Oft wird geklagt, dass sich in der „alten Bundesrepublik“ allmählich DDR-Verhältnisse ausbreiteten. Für die Vertriebenen könnte das jetzt zutreffen, nicht zuletzt wegen der jüngsten SL-Satzungsänderung, die nun sozusagen die „bedingungslose Kapitulation“ auch „im Westen“ nachholte.

Das Erbe des Witikobundes

Die neue SL-Satzung gilt seit dem 4. März 2021. Der Witikobund hat sich bis zuletzt dagegen gestemmt und wurde dafür hemmungslos diffamiert. Die wenigsten der „Neuerer“ dürften aber wissen, dass sie in der SL vorwiegend auf witikonischen Fundamenten stehen. Eine Zusammenstellung dazu lieferte das 18. Münchner Bohemistentreffen. Demnach hatten Witikonen in den Aufbaujahren der SL die Idee des „Sudetendeutschen Kulturpreises“ und des „Sudetendeutschen Rates“ ebenso wie sie eine tragende Rolle bei der Errichtung des „Sudetendeutschen Hauses“ in der Hochstraße spielten, was auch der Spendenliste zu entnehmen ist! Zum anderen waren Witikonen führend beteiligt bei der Ausarbeitung der „Eichstätter Erklärung“ (1949) und des „Wiesbadener Abkommens“ (1950), deren Gedanken auch in die „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 einfließen. Nicht zuletzt geht auch der Beschluss des Deutschen Bundestages zur „Obhutspflicht der Bundesrepublik“ für die Sudetendeutschen auf Angehörige des Witikobundes zurück.

In Anbetracht dieses Kataloges darf es für den Witikobund keine Option sein, sich resigniert zurückzuziehen. Unzählige Menschen in der Volksgruppe glauben weiter an Wahrheit und Recht. Ihnen eine Stimme zu geben, ist unser Auftrag. (F.V.)

(Quelle: Henriette Kunz, 18. Münchner Bohemistentreffen, Exposee Nr.25)

Zum Umschlagbild:

Der Südmährerhof ist die Rekonstruktion eines Bauernhofes aus Neudek/Südmähren. Der Aufbau begann 1981 auf dem Gelände des Museumsdorfes Niedersulz im nördlichen Weinviertel. Neudek und das Weinviertel gehören demselben Kulturkreis an, einschließlich der Ui-Mundart. Öffnungszeiten: Ostern bis Allerheiligen; weitere Informationen bei www.museumsdorf.at



Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Die SL in München hat sich mit ihrer Satzungsänderung weit zum Fenster hinausgelehnt. Aber kann sie auch liefern? Außer einigen unverbindlichen Worten hört man aus Prag nichts. Und was von der kürzlich so gefeierten Rettung der Friedhöfe zu halten ist, zeigt die jüngste Abräumaktion in Hermsdorf bei Braunau. Als Sudetendeutsche haben wir allen Grund, misstrauisch zu sein! Zu oft, eigentlich ausnahmslos, wurde unser guter Wille missbraucht!



F. Vogt Gruber

Wie es aussieht, wird es so bleiben. Ein Parteifreund des SL-Vorsitzenden, ein frühere Verkehrsminister, wird für sein Amtshandeln mit Schadensersatzforderungen der Bundesregierung konfrontiert. Wer tritt für die Schäden ein, die durch blauäugiges Wunschdenken der SL entstanden?

Das ist aber nur eine der Fragen, die wir am 28./29. Oktober in Echenbrunn bei unserer Jahresversammlung beraten müssen. Im Großen und Ganzen müssen wir uns wieder mit Strategie- und Standortfragen befassen, und damit das gelingt, bitte ich um rege Teilnahme! Bitte folgt in Anbetracht der Lage dieser Einladung besonders zahlreich!

Euer/Ihr Felix Vogt Gruber

Hausner Stiftung:

Verleihung der Karl-Hausner-Medaille am ST in Regensburg

Am Stand der Hausner Stiftung wurde am Sudetendeutschen Tag (Pfungstsonntag) die Karl-Hausner – Medaille posthum an das Ehepaar Inge und Max Hefele verliehen. Anwesend waren die beiden Töchter



Ehrung Ehepaar Hefele (†), v. li.: Dolleisch, Geschw. Hefele, v.Herget, Vogt Gruber,

der Verschiedenen, um den Preis entgegenzunehmen. Eingeleitet wurde durch die Herren Dolleisch und von Herget, welche der Stiftung vorstehen. Die Laudatio hielt Felix Vogt-Gruber. Er würdigte die langjährige Betreuung des Sudetendeutschen Museums Gundelfingen durch das Ehepaar Hefele und veranschaulichte ihr starkes Engagement mit einigen Beispielen. Max Hefele, selber kein Heimatvertriebener, war mehr Sudetendeutscher als manch "originaler" berichtete Vogt-Gruber und hob damit auch dessen Wohltätigkeitsbestreben hervor.

Die Töchter nahmen die Karl-Hausner-Medaille gerne in Empfang, und dankten im Namen Ihrer Eltern mit einigen Worten. Ein anschließender Sektempfang gab den rund dreißig Interessierten noch Gelegenheit zum Austausch. Beschämend allerdings die Behandlung dieser Ehrung durch die SL-Presse. Der Laudator wurde zur Unperson und das Museum zu einem Heimatmuseum herabgestuft.



Einladung zum Jahrestreffen 2022:

Die von der Satzung vorgeschriebene Jahresversammlung findet vom 28.-29.Oktober 2023 wieder in Echenbrunn statt. Die Einladung liegt dieser Folge des Witikobriefes als **Witiko-Intern** bei. Anmeldungen im Hotel Sonne bitte selbst vornehmen unter folgenden Verbindungen: Tel. 09073-95846-0 oder E-Post: info@hotelgasthof-sonne.de

Witikonen beim Sudetendeutschen Tag (ST)

Der Witikobund war am ST in Regensburg mit zehn Mitgliedern und einigen Helfern vertreten. Man führte Gespräche, verteilte Witikobriefe und ein Merkblatt (s.u.). Unser Vize-Präsident, Hans Slezak, betreute zusammen mit seiner Gattin einen Stand außerhalb der Festhalle, warb aber überwiegend für den neuen Landesverband Bayern e.V. Unser Vorsitzender, Felix Vogt Gruber, hielt die Laudation bei einer Ehrung der Hausner-Stiftung, worüber oben schon berichtet wurde.



Anders als im Vorjahr in Hof, wehten in Regensburg wieder einige Sudetenflaggen an den Masten. Bei den Hymnen hörte man neben der Bayern- und der Deutschlandhymne wieder die der Tschechen. Bei der Hauptkundgebung am Sonntag sprachen der SL-Vorsitzende, der SdJ-Sprecher Hierhager, MP Söder, und der tschech. Kultusminister M. Bek. Söder rief sogar aus: „Ich bin ein Sudetendeutscher“. Wenn er sich damit mit der Posselt-SL solidarisieren wollte, hätte er besser geschwiegen. Diese ist kein Opferverband mehr, sondern eine

politische Pressuregroup mit gestörtem Verhältnis zur Basis. Das zeigt alleine schon die allgegenwärtige „Security“, deren Hauptaufgabe die Unterdrückung unerwünschter Informationen ist. Xi Jinping aus China lässt grüßen.

Arme SL-Jugend

Diese Basisferne erschwert natürlich auch die Rekrutierung von Helfern, so dass die SL-„Jugend“ (SdJ) in der Vertriebenenpresse inserieren musste. Man warb für „ein buntes Treffen der Generationen“ und gab bekannt: „Wir suchen Dich als engagierte:n Mitarbeiter:in“ und bitten dich um deine Unterstützung und Mithilfe zur Durchführung des Böhmisches Dorffestes. Die Unterbringung erfolgt im „B&B Hotel Regensburg“. Dort wird es auch wieder ein Frühstück geben. Die Übernachtung und die Fahrtkosten werden wie üblich erstattet und du erhältst ein kleines Tagegeld. Bitte gib bis 23.04.2023 Bescheid (per Mail an



B&B- Hotel für die SdJ in Regensburg

info@sdj-online.de, telefonisch oder per WhatsApp unter 01577 / 3552451), ob der SdJ Vorstand auf deine Hilfe zählen kann. Wir danken dir herzlich im Voraus!“



Unser beim ST verteiltes Merkblatt

Für Eingeweihte ist das keine Überraschung, denn hinter dem SdJ-Vorstand gibt es trotz üppiger Präsenz in der Bundesversammlung nur gähnende Leere. Der SdJ-Vorsitzende, Mario Hierhager, machte das SL-Spiel bei der Hauptkundgebung am Rednerpult mit und plädierte folgerichtig nur für eine „weltweite“ Verurteilung von Vertreibungen. Bei seiner Klage über Verrohung nannte er nur Putin und ließ Benesch samt Gefolge unerwähnt. Mit Eifer grenzte er sich auch gegen „Rechts“ ab, unterschlug aber, dass es diese Gruppen nur gibt, weil allzu oft Menschen- und Völkerrechtsregeln missachtet werden. Arme SdJ! Sie begab sich in die Abhängigkeit der SL und ist bald vergleichbar mit der Antifa-Jugend, die gegen Handgeld mit Bussen zu „spontanen“ Volksaufläufen gekarrt wird.

Interessanter Vortrag von Prof. Manfred Kittel

Beim 73. Sudetendeutschen Tag in Regensburg hielt Prof. Kittel einen Vortrag zum Thema „**Genozide und Vertreibung verhüten: Sudetendeutsch-ukrainische Perspektiven für eine europäische Erinnerungskultur**“. Unser stellv. Vorsitzender, Michael Lattisch, gehörte zu Prof. Kittels aufmerksamen Zuhörern und berichtet uns folgendes:

Der Referent stellte zunächst die rhetorischen Frage, ob der Westen, insbesondere Deutschland, bei der Bewältigung des 2. Weltkrieges alles richtig gemacht habe und führte weiter aus, wie man mit unserem Fehlverhalten Putins "Geschäft" erleichtert hat. Zu oft wurden die Oststaaten nicht ernst genug genommen. So in jüngerer Zeit die Warnungen Polens und der Balten, sowie bereits bei vorangegangenen Unterdrückungen in Prag (1953, 1968) und Budapest (1956).

Die Ungarn wurden 1956 regelrecht im Stich gelassen.

Prof. K. sprach von einer Ostignoranz und Besserwisseri Deutschlands. Beispielhaft dafür war etwa eine Debatte 2009 im Europaparlament über einen Gedenktag für die Opfer der Verbrechen von NS und Stalin. Deutschland stimmte aufgrund zweier linker Parteien dagegen, weil eine "Überdosis" Stalin-Verbrechen deutsche Verbrechen in den Hintergrund rücken würde. Kittel kritisierte, dass aus falsch verstandenem Versöhnungswunsch Russland verhätschelt wurde. Dies sei wohl politisch korrekt, aber **nicht historisch**. So sei auch die Verantwortung Stalins für die Oder-Neiße-Grenze in der Berliner Stiftung unerwähnt geblieben! Bezugnehmend auf den Ukraine-Konflikt sprach Prof. K. von Fehlern aufgrund einer verzerrten Erinnerungskultur. So seien die meisten Zwangsarbeiter in der Sowjetunion Ukrainer gewesen.

Prof. K. erwähnte auch seinen Gastgeber Posselt. Es ehre Posselt, dass dieser aufgrund seiner Putin-kritischen Haltung schon vor dem Ukrainekrieg in Moskau als persona non grata galt.

Zum Vergleich Putin/Hitler stellte Prof. K. fest, Hitler habe 1938 das schlechte Gewissen Großbritanniens geschickt ausgenutzt und somit das Sudetenland friedlich gewonnen. Anders als bei Hitler sei Putins Krieg nicht rassistisch begründet, sondern ein Kampf gegen den freien Westen, so Kittel. Ebenso sei der Überfall auf die Ukraine nicht mit dem kampflosen Einmarsch Hitlers ins Sudetenland zu vergleichen, denn es bestand kein Abkommen wie im Jahre 1938. Für Deutschland sei damals z.B. Ostpreußen auch unvergleichlich wichtiger gewesen, als die Krim heute für Russland.

Trotz des Überfalls Putins könne man nicht von Genozid sprechen, da Putins politisches Motiv die "Rerussifizierung" der Ukraine sei. Auch ist der Begriff Genozid lange Zeit ausschließlich für den Holocaust reserviert gewesen. Erst mit der Anerkennung der Kolonialverbrechen 2010 wurde die Bedeutung des Begriffes erweitert. "Nie wieder Genozid" kann nur bedeuten, auch Angst nicht als Argument gelten zu lassen.

Putin ist kein Hitler, aber ein lupenreiner Nationalist. Wo waren also in den letzten zehn Jahren die Schreihälse gegen Nationalismus? Aber nein, Putin wurde verhätschelt, denn Rechtsradikale gibt es nur im eigenen Land und schon gar nicht in Russland, stellte Prof. Kittel fest.

Ironischerweise plante die BRD drei Monate nach dem Überfall Putins ein neues Gedenkzentrum der NS-Zerstörungen in Osteuropa. "Wir erreichen Frieden nicht ohne politische Freiheit und egal wie der Ukrainekrieg ausgehe, wir müssen uns auf einen langen kalten Krieg mit Putin und Russland einstellen", folgte Prof. Kittel abschließend.

Dem etwa 90 Minuten dauernden Vortrag folgten rd. 80 Zuhörer mit voller Aufmerksamkeit. In der nachfolgenden Aussprache kam die Frage auf, ob nicht die Abschaffung des tschechischen Straffreiheitsgesetzes und der Benes-Dekrete Voraussetzungen für ein geeintes Europa und Verhinderung von erneutem Unrecht seien. Prof. K. stimmte dem zu und erwähnte das lange Verlangen der SL nach Abschaffung dieser Bestimmungen.



Prof. Kittel beim Vortrag

Nachbetrachtung zum Vortrag: Es fehlte der Vergleich Putins mit Benesch. Beide beanspruchten fremdes Land bzw. wollten Land von den Nazis befreien. Richtig ist Kittels Meinung, bei der deutschen Ostpolitik fehlte die historische Dimension. Diese vermittelte Frantisek Palacky, als er 1848 vor dem Ausgreifen Russlands warnte, wenn Wien zu einer Provinzstadt herabsinke, was heute ja geschehen ist.

Ein tschechischer Verfassungsrichter „tanzt aus der Reihe“

Das fürstliche Haus von Liechtenstein geht immer wieder gerichtlich gegen die Enteignungen seines Besitzes in der ČR vor. Inzwischen klagt eine Stiftung, der Fürst Franz Joseph II seine Ansprüche übertragen hat. Als Anfang Mai 2023 wieder eine Klage abgewiesen wurde, geschah etwas Einmaliges. Einer der beteiligten Richter, Herr Uhlíř, war mit dem Urteil nicht einverstanden und erstellte ein Minderheitenvotum. Genau wie schon oft deutschen Kläger bemängelte auch Herr Uhlíř (deutsch: Köhler), dass nie in der Sache geurteilt, sondern stets versucht wird, die Klage schon im Vorfeld an Formalien scheitern zu lassen.



Richter Uhlíř

Hier sind einige Auszüge aus Uhlířs Stellungnahme:

*"Ich bin mit dem Urteil der Zweiten Kammer in dieser Rechtssache (im Folgenden auch als "Urteil" bezeichnet) nicht einverstanden und vertrete gemäß den Bestimmungen von § 22 des Verfassungsgerichtsgesetzes einen anderen Standpunkt dazu. **Ich bin der Auffassung, dass alle angefochtenen Urteile hätten aufgehoben werden müssen.***

*Die Gerichte haben sich zu Unrecht geweigert, die Einwände der Kläger **in der Sache** zu behandeln. Zur Begründung ihrer Weigerung beriefen sich die Gerichte auf die Restitutionsgesetzgebung, die das entstandene Unrecht abmildern soll, und auf das Gutachten des Verfassungsgerichtshofs Pl. 21/05, d. h. auf die Handlungen des demokratischen Rechtsstaates, der nach November 1989 errichtet wurde. Ohne diese Handlungen wäre die Rechtfertigung der negativen Urteile sehr viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich gewesen. Wie das klassische Sprichwort sagt: "Das sind Paradoxien, Herr Vanek".*

*Meines Erachtens hätten die ordentlichen Gerichte daher die Restitutionsgesetze und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs heranziehen und auslegen müssen, ob die tschechoslowakischen Behörden in der Vergangenheit Unrecht gegenüber dem Rechtsvorgänger der Antragsteller begangen haben. **Sie müssten auf die grundsätzliche Frage zurückkommen, ob der Rechtsvorgänger der Antragsteller zu Recht dem genannten Präsidialdekret unterworfen war oder nicht.** Die Weigerung, diese Frage im Lichte der Entscheidung des Regionalen Verwaltungsgerichts Olomouc zu prüfen, ist falsch.*

***Darüber hinaus ist die Vorstellung, dass die so genannte Dritte Republik, d.h. die Tschechoslowakei in der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur kommunistischen Machtübernahme 1948, ein demokratischer Rechtsstaat II. ÚS 657/22 war, eine tschechische nationale Wahnvorstellung, an der wir nicht festhalten sollten.** Die Entscheidungen der damaligen tschechoslowakischen Staatsorgane sind kritisch zu beurteilen und nicht zu bekämpfen.*

Franz Joseph II. Fürst von Liechtenstein, der Rechtsvorgänger der Antragsteller, dessen Streitiges Vermögen durch die Präsidialverordnung Nr. 12/1945 Slg. hätte eingezogen werden sollen, war Bürger eines Staates, der während des gesamten Zweiten Weltkrieges die Neutralität aufrechterhielt. Es gibt keinen Grund, ihn als etwas anderes als einen deutschsprachigen Bürger eines anderen neutralen Staates, wie der Schweiz, zu betrachten. Die Vorstellung, dass Franz Joseph II., Fürst von Liechtenstein, an den Verbrechen des Dritten Reiches beteiligt war und deshalb einem Präsidialerlass unterworfen wurde, ist absurd.

Meiner Meinung nach werden die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte und des Verfassungsgerichtshofs leider nicht nur von juristischen, sondern auch von politischen und wirtschaftlichen Erwägungen beeinflusst. Es hat den Anschein, dass das Vermögen der Beschwerdeführer 'zu groß ist, um zurückgegeben zu werden', so wie einige große Banken 'zu groß sind, um zu scheitern'.

Richter Uhlíř ist dabei, ein wenig die Ehre der tschechischen Justiz zu retten. Sollten sich Mitstreiter finden, sollten sie sich wie dieser vor allem von der „**Wahnvorstellung**“ befreien, die čsl. Nachkriegsrepublik zwischen 1945 und 1948 sei ein demokratischer Rechtsstaat gewesen.

Die Freigabe von Akten nach 30 Jahren

Regierungsakten werden in der Regel nach dreißig freigegeben. Das geschah nun auch mit Dokumenten des Jahres 1992 über die deutsch-tschechischen Beziehungen. Bisher hat darüber nur der „Spiegel“ (3.6.2023, S. 10) berichtet.

Was da zu lesen ist, bestätigt die Vermutung der Vertriebenen: Ihre Interessen wurden 1992 nach Abschluss des Vertrages über gute Nachbarschaft von Kohl/Genscher bewusst vernachlässigt. So schrieb die deutsche Botschaft in Prag: *„Die Zukunft der Nachbarschaftsbeziehungen sollte stärker in die außenpolitische Waagschale fallen als die Aufarbeitung mit strafrechtlichen Mitteln.“*

Die Nachbarschaftsbeziehungen wogen auch schwerer, als 1997 der Freundschaftsvertrag abgeschlossen wurde. Darin wird von Deutschland die „tschechische Rechtsordnung“ ausdrücklich anerkannt, also auch das „Straffreiheitsgesetz“ vom 8.5.1946 usw.

Fair wäre es gewesen, den Vertriebenen für diese Blessuren anderweitig etwas entgegen zu kommen. Aber das Gegenteil war der Fall. So gewährte die Regierung Schröder/Fischer jedem tschechischen Dienstverpflichteten schon 1998 eine Entschädigung, während Sudetendeutsche für echte Zwangsarbeit bis 2016 warten mussten. Tschechen erhielten durchschnittlich 3.500 €, Sudetendeutsche erst 15 Jahre später pauschal 2.500 €, sofern noch nicht verstorben. Erniedrigend war auch, wie diese Entscheidung fiel: Sie fiel bei den sog. Bereinigungsverhandlungen am Ende des Fiskaljahres, wenn die von den Ministerien nicht abgerufenen Gelder verteilt werden. Mit diesen Brosamen speiste man die Vertriebenen ab.

So verwundert es auch nicht, dass sich ein Herr Vaclav Balek für qualifiziert hält, den Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat zu übernehmen und der meist ahnungslosen Welt zu erklären, dass er dieses Gremium *„zu einem sicheren Ort für Menschenrechte“* machen wolle. Die UN hätte für dieses Gremium gerade in dessen 75-ten Gründungsjahr (10.12.1948) etwas anderes verdient. Man kann daher gut verstehen, wenn Amnesty International die Doppelmoral des Westens beklagt (UA, 29.3.2023). Es geht um die Wahrung der Menschenrechte, nicht nur „weltweit“, sondern ganz konkret bis „hinunter“ nach Prag, Postelberg, Pilsen, Brünn, Aussig usw. usw.

US-Stützpunkte jetzt auch bei den Tschechen

Die USA unterhalten weltweit etwa 800 Militärbasen, das sind 90 bis 95 Prozent aller ausländischen Stützpunkte überhaupt. Zu den Ländern ohne US-Stützpunkt gehörte bisher die Tschechei. Jetzt soll sich das ändern, denn es gibt einen unterschriftsreifen Stützpunktvertrag zwischen der ČR und den USA. Da der neue tschechische Staatspräsident, Petr Pavel, Nato-General war, hält man ihn für die treibende Kraft dabei. Der Vertrag räumt den US-Streitkräften umfangreiche Rechte ein und entzieht gewisse Einrichtungen ausdrücklich der tschechischen Kontrolle.



Leopard demnächst auch in der ČR

Zum aktuellen Sicherheitskonzept der ČR gehören aber nicht nur US-Stützpunkte, sondern auch die Anschaffung von 77 modernen Leopardpanzern 2A8 aus deutscher Produktion. Sie ersetzen z.T. die von der tschechischen Armee an die Ukraine gelieferten Panzer sowjetischer Bauart. (Google)

Der Brünner Erinnerungsmarsch 2023

An Fronleichnam 1945 wurden rd.30.000 Brünner Deutsche auf den Marsch zur Österreichischen Grenze geschickt. Seit mehreren Jahren wird ein Versöhnungsmarsch in umgekehrter Richtung veranstaltet, an dem meist auch Witikonen teilnehmen. Das war auch in diesem Jahr der Fall, wobei am Massengrab in Pohrlitz ein Blumengebinde mit Schleife des Witikobundes abgelegt wurde. Die von den Organisatoren gestellten Redner beklagten nur die Grausamkeiten in der Ukraine, nicht aber die vor 78 Jahren in der ČR. „Politisch korrekt“ hat man auch auf eine Sudetenfahne verzichtet, dafür aber solche für Europa und die Ukraine aufgepflanzt. Hier folgen Bilder davon. Danach lesen Sie bitte mehr über den Todesmarsch vor 78 Jahren!



Der Brünner Todesmarsch 1945

Österreich wollte sie nicht aufnehmen

Von Peter Wassertheurer

Vor 78 Jahren ereignete sich im mährischen Brünn (tsch. Bruno) eine menschliche Tragödie, die bis heute als Synonym für Unmenschlichkeit, Revanchismus und Rachejustiz gilt. Am 31. Mai 1945 begann mit dem Brünner Todesmarsch die gewaltsame Vertreibung der deutschen Bevölkerung, die der tschechischen Arbeiterschaft aus dem Brünner Waffenwerk Platz machen sollte. Die Durchführung oblag Bedřich Pokorný, einem tschechoslowakischen Geheimdienstoffizier, der während der Protektoratszeit für den deutschen Sicherheitsdienst der SS gearbeitet hatte.

Was sich Fronleichnam 1945 an Leid und Schrecken für die deutsche Zivilbevölkerung Brünns abspielte, stellte mit dem Prager Aufstand vom 8. Mai 1945 den Beginn der so genannten wilden Vertreibungen dar, die in den Wochen zwischen Mai 1945 und Anfang August 1945 eine Spirale der Gewalt gegen die Sudetendeutschen freisetzte. Diese pogromartigen Ausschreitungen verfolgen ein Ziel: Es ging darum, wie das Eduard Beneš als tschechoslowakischer Exilpräsident mit aller Härte forderte, möglichst viele Sudetendeutsche noch vor etwaigen innerallierter Verhandlungen eigenständig zu vertreiben. Mindestens 800.000 Deutsche wurden in der Phase des Blutsommers 1945 über die Grenzen nach Deutschland oder Österreich gejagt. Dabei kam es zu schrecklichen Gewaltexzessen.

Die deutsche Bewohnerschaft Brünns wurde zunächst beim Augustinerkloster zusammengetrieben. Zuvor waren sie aufgefordert worden, das Allernotwendigste, beschränkt auf 15 Kilogramm, zusammenzupacken, alles andere – Gebäude, Wohnungen, Schmuck, Ersparnisse, Mobiliar, etc.-- musste

zurückgelassen werden, denn es fiel, wie das in den Beneš-Dekreten festgeschrieben wurde, der tschechoslowakischen Republik anheim, d.h. es wurde entschädigungslos zwangsenteignet.

Mindestens 30.000 Brüner, mehrheitlich Säuglinge und Kinder mit ihren Müttern sowie alte Leute, wurden am nächsten Tag aus ihrer Heimatstadt vertrieben und sollten von Revolutionsgardisten und Soldaten wie Vieh zur über 50 Kilometer entfernt liegenden österreichischen Grenze getrieben werden. Der 1. Juni 1945 war ein heißer Frühsommertag, die Strapazen nahmen zu, die Schwächsten traf es zuerst, sie brachen zusammen. Wer trotz Beschimpfungen und Schlägen nicht weiterkam, blieb entkräftet und der tschechischen Gewalt hilflos ausgeliefert am Straßenrand liegen. Gewehrkolben oder gezielte Schüsse erledigten den Rest.

Drama an Österreichs Grenze

An der österreichischen Grenze spielte sich der nächste Akt dieses unmenschlichen Dramas ab. Die Österreicher ließen niemanden durch. Die Brüner wurden folglich zurück nach Pohrlitz (tsch. Pohořelice) geführt. Unter freiem Himmel, bei einsetzendem Regen, oder in primitiven Lagerhallen mussten die Menschen dann völlig erschöpft ausharren. Es fehlte frisches Wasser und an Verpflegung. Menschen verhungerten, verdursteten, Seuchen wie Typhus oder Ruhr brachen aus, eine ausreichende medizinische Hilfe gab es nicht. Die Zahl der Opfer des Brüner Todesmarsches wird auf Seiten der sudetendeutschen Heimatvertriebenen mit 5.200 angegeben. Massengräber, wie etwa jenes in Pohrlitz legen bis heute Zeugenschaft für den Völkermord an den Sudetendeutschen ab. Es war der österreichische Völkerrechtsexperte Felix Ermacora, der in einem Rechtsgutachten zur sudetendeutschen Frage zum Schluss kam, dass die Vertreibung den Tatbestand eines Völkermords (Genozid) erfüllt.

Wien wollte keine Vertriebenen

Erst Tage später gingen die Grenzbalken nach Österreich auf, was den Brüner Deutschen aber neues Leid brachte, denn die österreichische Bundesregierung in Wien war nicht geneigt, die Vertriebenen aufzunehmen. Wie groß die Ablehnung war, geht aus den Worten Karl Renners hervor, der, selbst südmährischer Abstammung, als ehemaliger Staatskanzler und späterer Bundespräsident wörtlich zur damaligen Situation an Österreichs Grenzen meinte: *„Von Norden her, aus der Tschechoslowakei, sollen laut Bericht der Sicherheitsdirektion nach Niederösterreich allein an die 300.000 deutschsprechende Tschechoslowaken in primitiver Kleidung, ohne Geld, ohne Nahrungsmittel, kurz als Bettler, ins Land gekommen sein. (...) Dem Vernehmen nach sind auch nach Oberösterreich nicht weniger deutschsprechende Tschechoslowaken eingebrochen. Nach Wien haben sich rund 18.000 eingeschlichen.“*

Das Innenministerium verlangte daher von den Alliierten den ehestmöglichen Abtransport der Flüchtlinge und sonstiger Ausländer aus Österreich vor Einbruch des Winters“, da das Land „nicht über genügend Transportmittel samt Kohle bzw. Treibstoff“ verfüge und sich außerstande sehe, die nötige militärische Begleitmannschaft und zwar für einen die Grenze überschreitenden Verkehr zur Verfügung zu stellen.“ Folgende Personengruppen sollten umgehend nach Deutschland repatriert werden: Reichsdeutsche und Volksdeutsche einschließlich der Sudetendeutschen und sonstige Fremdnationale, die nach dem 13. März 1938 nach Österreich gekommen sind, wären schleunigst aus Österreich abzutransportieren, wobei insbesondere die Flüchtlingslager in Wien wegen der großen Seuchengefahr sofort freizumachen wären. Neben der Furcht vor Seuchen traf die Vertriebenen auch der Vorwurf der NS-Kollaboration und der Illoyalität, die auch Österreich als Argument für eine rasche Abschiebung nach Deutschland ins Treffen führte. Karl Gruber, konservativer Außenminister, reiste nach Kriegsende im Winter 1945 nach Prag, wo er gegenüber der tschechoslowakischen Staatsspitze Verständnis für die menschenverachtende Vertreibung zeigte, indem er sagte: *„Es waren Leute, die Ihnen immer Schwierigkeiten bereitet haben und sie jedem bereiten würden. Es ist natürlich, dass Sie sie loswerden wollen. Ich versichere Ihnen, dass ich und unsere gesamte Regierung dieses Problem in gleicher Weise beurteilen.“*

Namenlose Not

Nicht weniger dramatisch als etwa in Oberösterreich oder in der Bundeshauptstadt Wien war die Lage der Brüner auf dem Boden Niederösterreichs. Verstärkt wurde die menschliche Tragödie durch die österreichische Bevölkerungsstruktur von 1945. In Österreich hielten sich nach Kriegsende rund 1,6 Millionen NS-Zwangsarbeiter, Reichsdeutsche und volksdeutsche Heimatvertriebene auf. Sie alle mussten irgendwie verpflegt werden. Die NS-Zwangsarbeiter sowie die rassistisch und religiös Verfolg

ten (Juden) wurden von alliierten Einrichtungen betreut. Wien fiel nach den Bestimmungen des Alliierten Kontrollabkommens von 1945 die alleinige Versorgung für die vertriebenen Volksdeutschen zu. Die österreichischen Gemeinden im Grenzraum waren aber auf den Ansturm nicht vorbereitet, selbst die Alliierten, in Niederösterreich waren es die Sowjetunion, verfügten kaum über ausreichende Mittel, um eine Versorgung und medizinische Betreuung sicher zu stellen. Die Bründerdeutschen fanden in den Bezirksgemeinden nahe der Grenze eine erste Aufnahme. Dort war es die Zivilbevölkerung, die half. Nicht selten bestanden verwandtschaftliche Beziehungen, denn bis 1918 hatte es keine Staatsgrenze gegeben. Die ersten Aufnahmebezirke und -orte waren etwa Drasenhofen, Poysdorf, Mistelbach, Laa an der Thaya, Hausdorf, Waidhofen an der Thaya oder Gmünd. Die Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung war groß, sie stieß aber rasch an ihre Grenzen. Allein in Drasenhofen umfasste der Strom der ankommenden und weiterziehenden Sudetendeutschen eine Größenordnung von 50.000 Personen. Die Einwohnerzahl von Drasenhofen stieg im Sommer 1945 auf das Doppelte an. Es kam zum Ausbruch von Seuchen. Im Sterbebuch von Drasenhofen wurden im Zeitraum von Mai bis November 1945 insgesamt 157 verstorbene Sudetendeutsche angeführt, die ihre letzte Ruhestätte am Ortsfriedhof fanden. In Poysdorf war die Situation ähnlich. So berichtet die Stadtchronik mit Eintragungsdatum vom 30. Mai 1945 von Hunderten von Vertriebenen, die vor dem Pfarrhaus lagerten und verzweifelt um Hilfe baten. Bereits am Folgetag kamen weitere 1000 Vertriebene hinzu. Ebenso vermeldete der Bezirk Mistelbach bis November 1945 rund 15.000 vertriebene Sudetendeutsche, die vornehmlich aus dem südmährischen Raum und der Brüner Sprachinsel kamen. Noch größer war das Heer aus Vertriebenen im Bezirk Waidhofen an der Thaya. Dort wuchs der Vertriebenenstrom bis August 1945 auf mehr als 25.000. Auch in Waidhofen oder in Poysdorf brachen die Ruhr aus, hinzu kamen Hungertyphus und Fleckfieber. Erschöpfung, Hunger und Krankheit betrafen auch die 5000 Vertriebenen im Bezirk Gmünd.

Erst in den Folgemonaten begann sich die Lage etwas zu entspannen. Die Vertriebenen kamen in Lager oder sie fanden bei Verwandten oder bei Bauern Unterkunft, denn überall fehlten in arbeitsintensiven Branchen wie in der Land- und Forstwirtschaft oder im Baugewerbe Arbeitskräfte, nachdem die NS-Zwangsarbeiter in ihre Heimatländer repatriert worden waren. Jeder Bauer aber, der bereit war, eine Vertriebenenfamilie aufzunehmen, musste sich den Behörden gegenüber verpflichten, diese auch zu versorgen, ohne die Staatskasse zu belasten.

Die kritische Haltung Wiens den vertriebenen Volksdeutschen gegenüber blieb also bestehen, auch wenn man ihre Arbeitskraft dringend benötigte. Es war Sommer und die Ernte musste eingebracht werden.

Staatenlos bis 1954

Der Großteil der Volksdeutschen galt in Österreich als staatenlos und verfügte nur über eine zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Nur Südmährer stellte die Bundesregierung den einheimischen Österreichern gleich, wofür Sprache, Kultur und ethnische Abstammung als Grund angegeben wurde. Sie bekamen sehr rasch die Möglichkeit, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Vor allem sudetendeutsche Spezialisten, die in der chemischen oder metallverarbeitenden Industrie in Oberösterreich (VOEST Linz) gebraucht wurden, wollte man behalten. Alle anderen sollten abgeschoben werden. Wien versteifte sich auf das Potsdamer Abkommen. Darin sei lediglich Deutschland als Aufnahmeland angeführt. Dieser Argumentation stimmten schließlich die Alliierten zu. Die Repatriierungen aus den vier österreichischen Besatzungszonen umfassten dann 1946 nicht weniger als 165.000 Personen, die aus dem Sammellager Melk abtransportiert wurden. Sehr schnell aber war klar, dass die ohnehin schon überfüllten Aufnahmelager in Deutschland über keine Kapazitäten mehr verfügten. Die Transporte von Österreich nach Deutschland wurden eingestellt. Wie viele blieben also notgedrungen in Österreich? Nach Angaben des Vatikanischen Auswanderungsbüro lebten mit Stichtag vom 1. Oktober 1948 insgesamt 328.798 Volksdeutschen in Österreich, die sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt verteilten: Oberösterreich 130.888, Wien 77.428, Steiermark 52.692, Niederösterreich 24.530, Salzburg 18.349, Kärnten 13.171, Tirol 5.158, Burgenland 4.482 und Vorarlberg 2.100. Davon waren 1948 mindestens 200.000 Sudetendeutsche – die Mehrheit kam aus dem Raum Südmähren und den Sprachinseln Brünn und Iglau. Erst 1954 verabschiedete der österreichische Nationalrat das so genannte Optionsgesetz, das allen Volksdeutschen die Möglichkeit gab, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Bildersturm in Düsseldorf

Der Stadtrat von Düsseldorf will elf Straßen umbenennen. Darunter auch die Hans-Christoph-Seebohm-Straße. Dagegen formierte sich jetzt ein Seebohm-Kreis. Eingeladen hatte dazu der frühere CDU-Abgeordnete im Düsseldorfer Landtag, Rüdiger Goldmann. Der Einladung hatten etwa zehn Personen Folge geleistet. Man will gegen die Umbenennung notfalls Klage erheben, denn man ist sich sicher, dass es keinen Grund gibt, gegen den früheren Verkehrsminister und SL-Sprecher eine damnatio memoriae zu verhängen.

Als Sudetendeutsche müssen wir den Düsseldorfer Vorgang in einem größeren Zusammenhang sehen. Es geht dort nicht nur um Seebohm, sondern um das allgemeine Ansehen unserer Volksgruppe. Wieder einmal sollen aus Opfern Täter gemacht werden. Dabei ist längst erforscht, wie Henleins moderater, eine innerstaatliche Lösung anstrebender Kurs nicht nur von Benesch, sondern auch von Berlin in infamster Weise bekämpft wurde. Der Witikobrief hat darüber mehrfach berichtet. Dem Vorhaben des Seebohm-Kreises ist daher ein gutes Gelingen zu wünschen.

Zur Erinnerung sei noch angefügt, dass sich gerade Sudetendeutsche bei Umbenennungsplänen unwohl fühlen müssen, denn schon am 14. April 1920 ermächtigte in der ČSR ein Gesetz den Innenminister zur Umbenennung von Straßen, wodurch in Prag aus einer Schillerstraße flux eine „Straße des 28. Oktober“ werden konnte.

Wie lange noch?

Nach Deutschland drängt, an Deutschland hängt doch alles, ach wir Armen. So möchte man Goethe umdichten angesichts der vielen hereinströmenden Migranten. Hierzu noch folgende Fakten:

Gemäß der sog. Dublin-Regeln ist für Asylanträge normalerweise der Staat zuständig, in dem der Asylforderer erstmals europäischen Boden betritt. Reist er in der EU weiter und stellt (erneut) einen Antrag, kann er in das Erstaufnahmeland zurückgeschickt werden.

In der Juni-Ausgabe der 'Unabhängigen Nachrichten' (S.12) wird berichtet, dass Deutschland im Jahr 2021 in 68.709 Fällen andere Staaten ersucht hat, Asylforderer wieder zu übernehmen. Die Rücknahmequote lag - niedriger denn je zuvor - bei 6,05%.

An Italien z.B. wurden in jenem Jahr 6.623 Rücknahmeersuchen gestellt, tatsächlich zurückgeführt wurden nur 287 Personen (=4,3%) . An Griechenland (einen Staat, den gerade auch Deutschland in den letzten Jahrzehnten x-mal vor dem finanziellen Ruin bewahrt hat) wurden 10.427 Ersuchen gestellt, wovon gerade einmal eine (!) Person von Athen übernommen wurde. (Dr. Jürgen Mohn)

Tätigkeitsfelder für Genderisten?

War Frau Merkel die achte Bundeskanzlerin Deutschlands oder die erste? Wo hat ein Urlauber, der sich zehn **Tage** auf Mallorca aufgehalten hat, die **Nächte** verbracht? Spielt Anne Sophie Mutter die Violine **meisterhaft** oder **meisterinhalt**? Ist der Name Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) noch tragbar? Ginge auch: Landsmann*innenschaft?

Man sollte in unsere Sprache, die einen jahrtausendelangen Evolutionsprozess hinter sich hat, nicht unnötig eingreifen. Das generische Maskulinum oder besser: die constructio inclusiva hat sich dabei als ökonomisch und handhabbar herausgebildet und dabei sollte es bleiben. (F.V.)

Worte eines selbstbewussten Ungarn:

Wir sind westlich, aber noch normal.

Der Witikobund dankt herzlich für die großzügigen Spenden (Eingang zwischen 6.4. und 12.7.23): Horst Reffke, Andreas Schneider, Dr. Marianne Bittner. Bei Spenden bis 200 € genügen als Spendenquittung der Einzahlungsbeleg und die Angabe unserer Steuernummer: 03 250 99235 bei FA Bad Homburg. Spendenquittungen stellt aus: Frank Dittrich, 61294 Bad Homburg, PF.2411 (sh. auch Impressum!)

Die Welt verstehen:

1. In den deutschen paramilitärischen Freikorps nach dem 1. Weltkrieg sammelten sich keineswegs nur entlassene Offiziere und deklassierte Mittelständler, sondern überwiegend (62 %) Angehörige der Arbeiterschaft, die damit sogar überrepräsentiert war (FAZ, 9.5.2023, S.10).
2. Nach der Niederlage bei Königgrätz (1866) planten die Habsburger die Slawisierung und Katholisierung der deutschen Randgebiete Böhmens, um sie für Preußen „unverdaulich“ zu machen. So kam mit Hilfe der Kirche eine Vielzahl tschechischer Geistlicher dorthin (Viator Secundus, Briefe an Masaryk, S. 99).
3. Laut einer Studie der Univ. Magdeburg sind wissenschaftliche Aufsätze in Biomedizin zu 28 Prozent mit KI (Künstl. Intelligenz) gefälscht. Autoritär regierte Länder liegen dabei vorn. China führt mit ca. 55 %. Europa weist im Mittel 5 % auf, Italien aber 11 % (FAZ, 10.5.23, S.N 4).
4. In Budapest sind auf einer rd. 100 m lange Rampe nahe dem Parlament alle 12.537 Orte verzeichnet, die Ungarn 1920 mit dem Vertrag von Trianon abtreten musste (JF, 12.3.23, S.23).
5. Die Skodawerke (und damit indirekt auch die Sudetendeutschen) führten nach 1918 die Hälfte ihrer Gewinne an Frankreich ab quasi als Steuer für evtl. militärische Hilfe gegen Deutschland. Meist geschah das in Form ungünstiger Handelsverträge (Em. Moravec, Das Ende d. Beneschrepublik, S. 288).
6. In Versailles gab es 1919 einen „unsinnigen Aufstand der Nationen gegen den Raum“, der in Europa 20.000 km neue Grenzen zur Folge hatte (Em. Moravec, a.a.O., S. 196).
7. In der tschechischen Ausgabe von Wenzel Jakschs Buch „Europas Weg nach Potsdam“ fehlen 174 Seiten. Auch bei Clary-Aldringen (Erinnerungen e.alten Österreichers) fehlen die für Tschechen „unschönen“ Passagen (sh. Literaturverz. T. Krystlik, Verschwiegene Geschichte, sowie eig. Recherchen).
8. Der Publizist Dr. Emil Franzel bedauerte, dass die Sudetendeutschen nicht schon 1919 eine parteiübergreifende Volkstumsorganisation schufen. Wenzel Jaksch scheint diese Idee 1928 gehabt zu haben, doch umgesetzt hat sie 1933 erst Konrad Henlein (Franzel, Die Sudetenfrage 1918-1938-1968, S.11).
9. Obwohl das Frankfurter Vorparlament den Slawen ausdrücklich absolute Wahrung ihrer nationalen Interessen zugesichert hatte, schrieb Palacky seinen Absagebrief vom 11.4.1848 (Wbr. 1981,7,2).
10. Mäuse, die ihre Tagesration auf einmal fraßen, lebten deutlich länger als solche die jede Stunde nur einen Teil ihrer Tagesration erhielten (Bild der Wissenschaft, bdw, 6,2023, S.32).
11. Bis 1936 hatten die Tschechen im Sudetenland 2.221 tschechische Volks- und Bürgerschulen sowie eine „große Anzahl“ von Mittelschulen errichtet (Česke Slovo, 14.2.1937).
12. Im Jahr 2022 verdoppelte sich in der ČR die Zahl der antisemitischen Äußerungen auf 2.277. Meist werden sie in sozialen Netzwerken verbreitet (Radio Prag, 15.6.23).
13. Der Chef der ukrainischen Rekrutierungsbüros Jewgenij Borrisow „verkaufte“ Freistellungsausweise vom Wehrdienst und lenkte damit 4,5 Mio. € in seine Taschen. (FAZ, 5.8.23, S. 2).
14. Im Kampf gegen die Sudetendeutschen beseitigte die ČSR nicht nur die horizontale, sondern auch die vertikale Gewaltenteilung, indem sie die kommunalen Verwaltungsebenen (Gemeinde, Kreis) entmachtete und mit Prag gleichschaltete (Dewitz, Das verbotene Parteienverbot, S. 40).
15. Im Entwurf des neuen deutschen Ausländergesetzes stand der Satz: „Dieses Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland.“ Kurz vor der Abstimmung wurden jedoch die zwei Worte „und Begrenzung“ gestrichen (Merz-Mail 155, 24.6.23).
16. Obwohl Böhmen 300 Jahre lang von Wien „beherrscht“ wurde, richtete sich der Hass der Tschechen ab 1918 überraschend gegen Deutschland. Das war so gewollt, weil Frankreich an der deutschen Ostgrenze eine deutschfeindliche Kontrollmacht benötigte.
17. Es ist irreführend, bei den deutschen Vertriebenen von gelungener Integration zu sprechen, denn Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche waren deutsche Staatsbürger, deutsche Muttersprachler und gehörten demselben christlich-abendländischen Kulturkreis an wie die aufnehmende Bevölkerung.
18. In das erste Prager Parlament von 1920 wurden 72 sudetendeutschen Abgeordnete gewählt. Als ihre Ausgrenzung unübersehbar war, versäumten sie es, sich in Eger oder Reichenberg als eigener Landtag zu konstituieren (Emil Franzel in: Helmut Preidel, Deutsche in Böhmen und Mähren, S.343).
19. Wegen des Geburtenrückganges gibt es an hessischen Hochschulen auch weniger Erstsemester. Begannen 2013 noch 31.850 ein Studium, waren es 2013 nur noch 24.242 (= minus 7.608, FAZ, 27.6.2023, S.6).
20. Jedes Windrad enthält 2 Tonnen der seltenen Erde Neodym. Für deren Gewinnung baute China alleine im letzten Jahre Kohlekraftwerke mit der Leistung von 106 GW. Das sind dreimal so viele wie Deutschland überhaupt hat, und das alles, um Deutschland CO₂-frei zu machen (Reichelt über Media Player).

Chronik eines Umbruchs, 5.Folge

Angaben nach Exzerpten aus dem Pilsner Tagblatt:

1.5.21: Die „Brotkartenkanzlei“ in Pilsen kann die Brot- und Zuckerkarten aus technischen Gründen erst am 3.5. ausgeben. Noch 1.5.: Das Prämonstratenserstift Tepl erwarb vor dem Krieg Land in Kanada für Filialklöster und ein evtl. Refugium. Abt Helmer reist jetzt dorthin, um eine Enteignung zu verhindern, die wegen im Krieg entstandener Steuerschulden droht.

7.5.21: Josef B. aus Schüttenhofen beging wegen des Verfalls der Kriegsanleihen Selbstmord.

8.5.21: Aus Oberschlesien wird ein Poleneinfall gemeldet. (Anm.: 3. Polnischer Versuch seit 1919, aber endgültige Abwehr am 21.5. am St. Annaberg)

9.5.21: Im Deutschen Theater feiert der Deutsche Turnverein Pilsen sein 20. Bestandsfest.

10.5.21: Für den Schulneubau in der Prager Vorstadt (Stadtteil Pilsens) spendeten das Dobraner Kaolinwerk 30.000 Kč, die Westböhmisches Glas- und Holzindustrie 25.000 Kč und die Firma Gustav Keller 10.000 Kč.

11.5.21: Die Stadtverwaltung Pilsen geriet in Finanznot, weil die Steuerabfuhr der Skodawerke um 2,3 Mio. Kč einbrach. Die Skodawerke zahlten 5 % Dividende (=16 Kč pro Aktie).

13.5.21: Die tschech. Wochenschrift „Čsl. Narodni Hospodar“ (Der čsl. Volkswirt) schreibt: Die industriefeindliche Politik der Regierung lasse vermuten, dass damit nationale Ziele verfolgt würden. (Klartext: sie richtet sich gegen das hochindustrialisierte Sudetenland). Noch 13.5.: Der Bahnhof in Eger ist Eigentum der bayrischen Staatsbahn und soll mit Wiedergutmachungskosten („Befreiungskosten“) verrechnet werden. Noch 13.5.: Engländer verwenden in Irland Dum-Dum-Geschosse. Noch 13.5.: In Stankau wurden in der Glas- und Spiegelfabrik Kündigungen abgewendet, weil die Belegschaft auf 50 % der Teuerungszulage verzichtete. Ähnliche Absichten hat man in der Glasfabrik Holleischen.

14.5.21: Lloyd George sagt zu Polens Einfall in Oberschlesien: *„England wird ein fait accompli nie anerkennen. Es muss Gerechtigkeit herrschen. Das letzte Land, das ein Recht hat, sich über den Friedensvertrag zu beschweren, ist Polen, denn der ist die Urkunde der Freiheit Polens, und Polen hat nicht den Krieg gewinnen helfen.“*

18.5.21: Der Abiturjahrgang 1891 traf sich im Hotel Waldek, Pilsen. Von 31 Absolventen waren 19 erschienen, darunter der Heimatforscher Franz Andres, Dobřan (Wiesengrund).

21.5.21: Der Reinertrag eines großen Volksfestes zu Pfingsten in Ullitz betrug 3.884 Kč. Davon erhielt der DKV (Deutscher Kulturverein) 2000 Kč, der Rest ging an die Schulen in Gesna, Piwana und Pleschnitz.

24.5.21: Wiedergabe von Beteuerungen tschech. Abgeordneter im Österreichischen Abgeordnetenhaus über die tschech. Loyalität im Sommer-Herbst 1917.

27.5.21: Der tschech. Touristenklub ruft dazu auf, in Badeorten und Touristengaststätten nur Tschechisch zu sprechen.

29.5.21: Nach Bischofteinitz wurden zwei Kompanien Minenwerfer verlegt.

Noch 29.5.: Die 50.000-Voltleitung zwischen dem E-Werk Nürschan und den Skodawerken wurde wieder in Betrieb genommen.

31.5.21: Der Pilsner Deutsche Jugendbund wird am 4.6. in Staab Theater spielen.

Noch 31.5.: Beschreibung der Hohenzollernschen Güter im Böhmerwald (sh. auch 4.6.!).

1.6.21: Deutsche Mittelschulen in der ČSR haben 860 Klassen mit 21.146 Schülern (= 29,4 bzw. 25,8 % im ganzen Land). Tschechische Mittelschulen haben 8.089 Klassen mit 65.342 Schülern (= 64,4 % bzw. 67 %). Noch 1.6.: Der DKV Chotieschau plant ein Kinderfest am Kellerberg. Noch 1.6.: In Salzburg ergab die Abstimmung über den Anschluss an Deutschland 103.000 Ja-Stimmen (99,03 %) und 800 Nein-Stimmen (0,76 %) Salzburger Studenten rissen bairische Grenzpfähle nieder.

2.6.21: Bericht über die Ursprünge des Sports anlässlich einer Ausgrabung in Irland.

Noch 2.6.: Rezension des Buches „Zur Geschichte des Theaters in Wien“ (Karl Glaser). Demnach war der Zuspruch zum Theater in Wien vor 100 Jahren sehr groß, weil man so dem Verbot anderer Zusammenkünfte und der unerfreulichen politischen Lage entgehen konnte.

3.5.21: Ein Leitartikel zur Pädagogik empfiehlt „nicht nur vom Kinde auszugehen“, sondern auch die Interessen der demokratischen Gemeinschaft zu beachten. Noch 3.5.: Bergleute aus Falkenau „hamstern“ Lebensmittel im südlichen Westböhmen, werden aber in den Zügen von Pilsen nach Eger von Lebensmittelkontrolleuren überprüft.

4.6.21: Die Deutsche Reichsregierung bittet Österreich, von weiteren Abstimmungen über den Anschluss an Deutschland abzusehen (sh. PT. 26.4. und 1.6.21).

7.6.21: Die Stilllegung eines Betriebes mit mehr als 20 Abgestellten muss künftig vom Staat genehmigt werden, was wegen der Wirtschaftsstruktur überwiegend Deutsche trifft.

Noch 7.6.: Am Mittelschulturnfest in Plan nahmen 300 Schüler aus Schulen in Pilsen, Mies, Plan und Karlsbad teil. Ausgeschrieben waren Geräte-Fünfkampf und Eilbotenlauf.

12.6.21: Mit behördlicher Verfügung wird die Stadt Marienbad angewiesen, ihr Theater am 19.6. für das Pilsner tschech. Schauspiel „Hlabel“ zu öffnen, widrigenfalls eine Sperre verhängt werde. Im ersten Monat der Saison wurden 1998 Kurgäste gezählt. Davon 1325 aus Deutschland, 404 aus der ČSR, besonders aus dem Sudetenland, und 269 aus allen anderen Ländern.

15.6.21: Von den Tschechisierungsplänen „Auswärtiger“ distanzieren sich 32 in Marienbad ansässige Tschechen in einem offenen Brief. Man sei für ein friedliches Nebeneinander und verwehre sich insbesondere gegen die Agitation eines Abgeordneten Mečič.

16.6.21: In Prag wird am 21.6. ein Trauergottesdienst für die am 21.6.1621 hingerichteten „Märtyrer des evangelischen Glaubens“ stattfinden.

17.6.21: Im deutschen Gymnasium findet keine Aufnahmeprüfung statt, da es „ausläuft“.

Noch 17.6.: Die Zeitung Český Deník hetzt gegen Deutsche und besonders gegen „deutsche Juden“, die als Ärzte, Kaufleute und Advokaten die lukrativsten Berufe ausübten.

19.6.21: Eine deutsche Abordnung besuchte das Prager Schulministerium wegen der Zukunft der Pilsner Mittelschulen, bekam aber nur eine negative Auskunft.

21.6.21: Die „Novemberdemonstration“, bei der in Prag das Deutsche Haus und das Deutsche Theater demoliert bzw. enteignet wurden, hat für deren Anführer, Anton Divis, keine rechtlichen Folgen. Divis ist Administrator der Zeitung Český smer (Tschech. Kurs). Noch 21.6.: In Mies fand am 18./19.6. das 17. Gaturnturnfest des Westböhmisches Turngaues statt. Mit Gästen aus Prag, Asch, Eger, Marienbad, Falkenau, Schönbach beteiligten sich insges. 1.600 Turner.

22.6.21: Die Stadt Plan wirbt für ihr neu eingerichtetes städtisches Schülerheim. Das Realgymnasium in Plan hat die Sprachenfolge Latein-Englisch.

23.6.21: In Bromberg gab es Unruhen gegen Deutsche und Juden. Das Militär tötete neun der Auführer. Sie hatten das Stadttheater geplündert und im Rathaus den als deutschfreundlich geltenden Bürgermeister angegriffen.

25.6.21: Im Amtsblatt „Československa Republika“ rät der čsl. Sozialdemokrat Boricek dem Bodenamt, Gesuche deutscher Gemeinden um Bodenzuweisungen nur begrenzt zu genehmigen, denn es sei sinnlos, dem einen „Staatschädling“ etwas zu nehmen und es einem anderen „Staatschädling“ zu geben.

28.6.21: Die drei deutschen Weltbäder Marienbad, Karlsbad, Franzensbad, protestieren gegen die staatliche Verfügung, die städtischen Gebäuden neben den deutschen auch mit tschechischen Aufschriften zu versehen.

Ehret die Frauen! Sie flechten und weben
Himmliche Rosen ins irdische Leben (Friedrich Schiller)

Pekař, Josef (Tschechoslowakische Geschichte, Prag 1921):

„Die Aufzählung dessen, was die Deutschen geleistet und was sie uns gelehrt haben, wäre sehr umfangreich: Ihr wesentliches Werk waren der Städtebau, die Schaffung des Bürgerstandes und damit die spätmittelalterliche geistige und materielle Machtentfaltung und der Reichtum des Landes (Silberbergbau!). Im 19. Jahrhundert schufen sie die Großindustrie, und zwar in den von der Natur aus ärmsten Gegenden, die der Tscheche von je verschmäht hatte und wo der deutsche Kolonist noch dem schlechtesten Boden seinen Lebensunterhalt abzuringen verstand. Wenn wir wirtschaftlich und industriell fähiger, in der Administrative, Disziplin, in der Arbeitsleistung fortgeschrittener sind als die anderen östlichen Völker, dann danken wir das vor allem der deutschen Erziehung. Im Laufe der Jahrhunderte haben wir uns aber auch vielfach mit den Deutschen vermischt und viel deutsches Blut aufgenommen. Das hat unseren Charakter auch rassisch wesentlich verändert und wenn heute ein Viertel der Tschechen in Böhmen deutsche Namen hat, dann ist das keineswegs ein Dokument der Germanisation, sondern der Tschechisierung.“

(aus „Heimatkurier“, 1.6.23, leicht gekürzt)

Du kannst Dein Leben nicht verlängern oder verbreitern, sondern nur vertiefen.
(Gorch Fock)

Corona-Impfung sinnlos?

Die in der Schweiz erscheinende Weltwoche berichtete am 10. Oktober 2022, was im EU-Parlament verhandelt wurde. Die Repräsentantin der Pharma-Firma Pfizer, Janine Small, gab zu, dass der Corona-Impfstoff nicht darauf getestet wurde, ob er vor der Krankheit schützt oder sie heilt. Am 13. Oktober 2022 stellte die EU-Kommission daher fest, dass die Impfung weder schützt noch heilt. Am 14. Oktober 2022 begann die EU-Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen gegen Frau von der Leyen wegen des Verdachts, mit Pharmafirmen Kaufverträge über diese zweifelhaften Impfstoffe zu überteuerten Bedingungen abgeschlossen zu haben. Bedenklich ist daran, dass die deutschen, teilweise zwangsfinanzierten „Qualitätsmedien“ diese Informationen verschwiegen haben. In den sozialen Medien wurden sie sogar gezielt gelöscht.

Abrißarbeiten auf Deutschem Friedhof in Hermsdorf/Heřmánekovice

Im nordostböhmisches Dorf Heřmánekovice / Hermsdorf bei Broumov / Braunau sind auf Anweisung der Bürgermeisterin Jana Králová (parteilos) die Gräber eines historischen deutschen Friedhofs beseitigt worden. Mit einem Bagger seien mehr als 50 Gräber zerstört worden, berichtete das öffentlich-rechtliche Tschechische Fernsehen (ČT) am 28.7.23. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten im Ort fast ausschließlich Deutsche, die nach Kriegsende vertrieben wurden. Der Pfarrer von Broumov, Martin Lanži, äußerte, er habe von der geplanten Liquidation nichts gewusst. Sie sei ein Schlag für die jahrelangen Bemühungen um eine tschechisch-deutsche Versöhnung. Die Aktion steht auch im Widerspruch zu der kürzlich im tschechischen Außenministerium durchgeführten Konferenz über die Pflege deutscher Gräber.

Wehe dem, der Gräber fürchten muß!

Die „Gerichtsbarkeit“ der Bühne

Die staatliche Gewaltenteilung ist eine sehr schöne Theorie, hat in der Praxis aber ihre Tücken. Besonders die Unabhängigkeit der Justiz entpuppt sich oft als fromme Legende. Das Problem war auch Friedrich Schiller bekannt, der aber dem Theater eine Ersatzrolle zutraute und feststellte: „*Wenn die Gerechtigkeit für Gold verblindet ... übernimmt die Schaubühne Schwert und Waage ...*“

Nun gehören die Sudetendeutschen seit Jahren zu den Stiefkindern der Justiz. Unzählige von ihnen haben in Einzel- und Sammelklagen durch alle Instanzen bis zur Europaebene hinauf prozessiert, erhielten aber nie ein Urteil in der Sache, sondern wurden stets im Vorfeld mit fadenscheinigen formalen Gründen abgefertigt. Aber gerade das wäre nun ein Fall für Schiller! Und was ist geschehen? Im Sinne Schillers wenig, jedenfalls nicht auf der Bühne. Aber auch in den neuen Medien Film, Presse und Fernsehen tat sich nichts.

Leidensdruck zu schwach?

Bedeutet das, dass der Leidensdruck zu schwach ist? Aber was gibt es Schlimmeres als Mord, Raub und Heimatverlust? Daran kann es also nicht liegen. Die Lage war vielmehr diese: Während des „Kalten Krieges“ wurde das Vertreibungsunrecht durchaus anerkannt, denn es passte zum Feindbild des „Westens“. Auch waren die historischen Zusammenhänge noch bekannt. Daher musste die Schaubühne oder die anderen, neuen Medien die Sache noch nicht in die Hände nehmen.

Das änderte sich aber je länger die Diffamierungsbemühungen der Vertreiberstaaten andauerten. Schon 1968 stieß die Verleihung des Adenauerpreises an einen prominenten Vertriebenen, Dr. Emil Franzel, auf den Widerstand der Straße. Im Jahre 1970 wurde die neue Ostpolitik eingeleitet, und, wer „diese Kreise“ störte, bekam es mit der Macht der Medien zu tun. Und daran hat sich bis heute wenig geändert. Das ist eine wichtige Erklärung für das Ausbleiben des künstlerisch-literarischen Aufschreis der Vertriebenen.

Untätigkeit kann man ihnen gleichwohl nicht vorwerfen. So haben alleine die Sudetendeutschen rund 600 Heimatbücher verfasst, was ohne Zweifel eine immense kulturelle Leistung ist. Auf der Habenseite stehen auch eine ganze Reihe literarischer Aufarbeitungen, jedoch nichts von einem kreativen, genialen, das Publikum mitreißendem Kopf. Selbst der oben schon genannte Emil Franzel, der mit dem Schauspiel „Die Adler Roms“ (über die Römer in Germanien) Bühnenerfahrung hatte, begnügte sich mit dem Prosawerk „Unter dem Hradschin“, das 1962 unter dem Pseudonym Carl von Boenheim herauskam. Er wäre der kreative Kopf gewesen, der bei Zugang zu den großen Medien etwas Aufrüttelndes hätte hervorbringen können.

Welche Möglichkeiten damit ungenutzt bleiben mussten, kann man nur erahnen, wenn man an die Wirkung Schillers mit seinen Werken „Die Räuber“, „Wilhelm Tell“, oder „Don Carlos“ denkt. Sie waren bei den Mächtigen gefürchtet, 1919 sogar noch bei den Tschechen, als in Aussig der „Tell“ aufgeführt werden sollte. Sie haben die Aufführung verboten, weil junge Deutsche planten, in der Aufführung den Rütli-Schwur laut mit zu sprechen (Pilsner Tagblatt, 10.4.19). So viel „Gerichtsbarkeit von der Bühne“ herab, wollten die Tschechen nun doch nicht dulden.



Friedrich Schiller

Der Rütli-Schwur:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen,
eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Friedrich Schiller (1759 -1895): Wilhelm Tell

„Die Benin-Bronzen sind nur der Anfang!“

In einer Regionalzeitung Hessens konnte man kürzlich die Überschrift „*Die Benin-Bronzen sind nur der Anfang!*“ lesen. Gemeint ist die Rückgabe geraubter Kulturgüter an frühere Kolonien. Bei so viel Gerechtigkeitsliebe drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob sich die Provenienzforschung und in ihrem Gefolge die Restitution eines Tages vielleicht auch auf anderes Raubgut erstrecken sollte. Beginnen könnte man mit der *Bibliotheca Palatina*, die 1622 von Heidelberg in 169 Kisten auf 200 Lasteseln über die Alpen zum Vatikan transportiert wurde. Fortfahren könnte man dann mit den *Hus-Handschriften*, die 1648 von Prag nach Stockholm gelangten oder mit dem *Priamos-Schatz* Schliemanns, der 1945 von Berlin nach Moskau „gelangte“. Denkbar wäre auch eine Überstellung der *Nofretete* von Berlin nach Ägypten usw. usw.

Die breite Akzeptanz des Restitutionsgedankens könnte, so die kühne Hoffnung, eines Tages auch ausgedehnt werden auf des Eigentum der Weltkriegs-II-Vertriebenen, das sich noch in den mittel- und osteuropäischen Vertreiberstaaten befindet. Die Provenienzforschung hätte es dabei gar nicht so schwer, denn im Lastenausgleichsarchiv zu Bayreuth lagern sämtliche Verlustlisten.

Besonders eifrige Fahnder würden sogar auf die Gemälde der Prager Familie Nebrich stoßen, die sich in den USA im Besitz der Familie Koerbel befinden, zu der auch Frau Madelaine Albright, geb. Koerbel, gehört. Einwände wegen des Zeitablaufs lassen sich entkräften mit Hinweis auf die Entführung der Benin-Bronzen oder auf andere, aus längst vergangenen Zeiten herrührende Wiedergutmachungsfälle.

Aussiedlung der Magyaren im Sommer 1945

Der slowakische Nationalrat hatte Anfang Februar 1945 in seiner Kaschauer Erklärung verkündet, dass die Stellung der magyarischen Minderheit in der neuen Tschechoslowakei von deren demokratischen Gesinnung bestimmt werden würde. Es sei die Pflicht aller demokratisch eingestellten Magyaren mitzuhelfen, alle anti-slowakischen Ressentiments und faschistischen Traditionen auszurotten. Am 3. Juli 1945 stellte die tschechoslowakische Regierung ihren Plan für einen magyarisch-slowakischen Bevölkerungsaustausch vor. Prag wollte seine magyarische Minderheit dezimieren und im Gegenzug Slowaken aus Ungarn aufnehmen. 450.000 Magyaren sollten so nach Ungarn ausgeliefert werden, im Gegenzug sollte die Tschechoslowakei 350.000 Slowaken von Ungarn übernehmen. Ungarns Außenminister Janos Gyöngyösi hatte schon am 12. Mai 1945 bei den USA und Großbritannien nachgefragt, wie beide Regierungen zu einer Aussiedlung von 200.000 Schwaben stehen würden, da Budapest Platz für die umzusiedelnden Magyaren aus der Tschechoslowakei schaffen müsse. Washington verwies Budapest auf die Konferenz in Potsdam, dort werde man diese Frage behandeln.

Im Unterschied zu den Sudetendeutschen sprach Prag den eigenen Magyaren das Recht zu, ihr totes und lebendes Inventar mitnehmen zu dürfen. Auf der anderen Seite fanden im Sommer 1945 die wilden Vertreibungen statt, in deren Folge mindestens 800.000 Sudetendeutschen über die Grenzen nach Deutschland oder Österreich gejagt wurden. Ihr Vermögen wurde entschädigungslos enteignet, Zehntausende wurden ermordet oder von Hunger oder Krankheiten dahingerafft.

Was die Haltung der Alliierten zum bilateralen Bevölkerungsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn betraf, war sie uneinheitlich. So meinte etwa Clark Kerr als US-Geschäftsträger in Prag, dass Washington keine einseitige Aktion der Tschechoslowakei dulde, da der Transfer von ethnischen Minderheiten nur unter internationaler Schirmherrschaft und in Übereinstimmung mit internationalen Regelungen erfolgen dürfe. Trotz alliierter Bedenken hatte Prag im Zeitraum Ende Mai bis Ende Juni 1945 knapp 32.000 feindliche Ungarn ausgesiedelt, denen Kollaboration mit dem faschistischen Feind vorgeworfen wurde. Moskau sprach sich dann in Potsdam für eine bilaterale Klärung

zwischen Prag und Budapest aus. Bis 1946 konnte schließlich eine vertragliche Vereinbarung getroffen werden. Der von Prag 1945 geforderte Umfang wurde jedoch nicht einmal ansatzweise erreicht. Der magyarisch-slowakische Bevölkerungsaustausch betraf 1946 letztlich nur 72.000 Slowaken und 89.000 Madjaren.

Peter Wassertheurer

Hände weg von der Kärntner Landeshymne!

Nicht Kärnten hat 1918 mit dem Blutvergießen an der Grenze begonnen

Es ist nicht neu, dass von bestimmten Kreisen in Kärnten eine Streichung der vierten Strophe der Kärntner Landeshymne gefordert wird. Schon in der Vergangenheit waren Stimmen aus dem Umfeld etwa der Universität Klagenfurt laut geworden, die sich am Text der vierten Strophe reiben. So lobte etwa 2018 der Rektor der Klagenfurter Universität einen Ideenwettbewerb aus für eine neue vierte Strophe zur Landeshymne. Jetzt ist es wieder einmal so weit. Die IG Autoren beweisen sich als moderne Bilderstürmer und machen sich daran, die Texte etlicher Landeshymnen kritisch zu durchleuchten, denn deren Autoren seien eng mit der NS-Geschichte Österreichs verknüpft gewesen. Streichen, umdichten, entfernen! So fordern es die moralisch sattelfesten und ideologisch einwandfrei sauberen, neuen Jakobiner Österreichs.

Kärnten darf bei dieser politischen Säuberungswelle freilich nicht fehlen. 1930 wurde nach einem öffentlich ausgeschriebenen Wettbewerb für eine neue vierte Strophe der Kärntner Landeshymne der Text von Agnes Millonig auserkoren. Millonig war gebürtige Steirerin, ihre Mutter kam aus Arriach in Oberkärnten, der Vater aus dem unteren Gailtal, wo damals eine slowenischsprachige Mehrheit lebte. Agnes Millonig war aufgrund ihrer Herkunft eng mit beiden Volksgruppen in Kärnten vertraut, ihr kann folglich schlecht ein mangelndes historisches Bewusstsein für diese Thematik vorgeworfen werden. Das trifft heute eher bei den vielen selbsternannten, politischen Moralaposteln zu, die sich anmaßen, darüber entscheiden zu können, wem in Österreich noch ein Verdienst zukommen darf. Millonig soll diese Ehre nicht mehr zuteilwerden, ihr literarisches Vermächtnis muss nach dem Willen linker Bücherverbrenner endgültig ausgelöscht werden.

Die vierte Strophe

*Wo Mannesmut und Frauentreu`,
die Heimat sich erstritt auf's neu`,
Wo man mit Blut die Grenzen schrieb
und frei in Not und Tod verblieb;
hell jubelnd klingt's zur Bergeswand:
das ist mein herrlich' Heimatland.*

Der Text der vierten Strophe bezieht sich auf den Kärntner Abwehrkampf von 1918-1920. Millonigs Kritiker stoßen sich hier vornehmlich an der dritten Zeile, bei der es heißt: „Wo man mit Blut die Grenze schrieb“. Das Argument der Kritiker Millonigs lautet wie folgt:

Man könne heute Grenzen nicht mehr mit Blut schreiben. Wer das heute dennoch tue, so die intellektuellen Empörten weiter, habe nichts aus der Geschichte gelernt und verstehe Europa nicht. Dazu ist anzumerken, dass es 1918 nicht die Kärntner waren, die ein Land militärisch besetzt und mit dem Blutvergießen begonnen hatten. Mit diesem fadenscheinigen Argument wird nicht nur versucht, ein historisches Ereignis auf die Grenzen von heute umzulegen, was völlig absurd ist, es werden auch ganz bewusst historische Tatsachen verdreht. Kärnten hatte sich nämlich verteidigt und den slowenischen Aggressor abgewehrt, der mit Waffengewalt ein Drittel des Landes besetzt hatte. Das Blut von mehr als 200 gefallenen Kärntner Abwehrkämpfern war zur Verteidigung der Landesgrenze geopfert worden. Dieser hohe Blutzoll findet in den Worten Millonigs seinen dichterischen Ausdruck. Dieses Blut war der Preis für Kärntens Freiheit, für den Erhalt der Landeseinheit, es steht auch für Kärntens Bekenntnis zur Republik Österreich. Gerade heute, da sich die Ukraine gezwungen sieht, ihre Grenzen mit Blut zu verteidigen, sollte die vierte Strophe der Kärntner Landeshymne für alle aufrechten Patrio

ten und Befürworter demokratischer Freiheitsideale ein würdiges Denkmal darstellen.

Millonigs Worte „Wo man mit Blut die Grenze schrieb“ sind leider aktueller denn je. Für uns Kärntner ist die vierte Strophe ein Stück Identität und Teil der aus der Abstimmung vom 10. Oktober 1920 erwachsenen Landesgeschichte, die man nicht einfach wegstreichen kann.

Der zweite Kritikpunkt gegen Millonig bezieht sich auf ihre politische Vergangenheit. Millonig sei, wie schon 1996 bei der Enthüllung einer Gedenktafel zu ihren Ehren von linksradikaler Seite (SJ-Jugend und KPÖ) hasserfüllt betont wurde, illegale NS-Sympathisantin gewesen.

Immerhin habe Millonig in ihrem Gedicht „Das heilige JA“ den Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland propagiert und befürwortet. Das haben 1938 übrigens Millionen von Österreichern auch getan. Hier ist ihren ideologischen Widersachern nur eines ins Stammbuch zu schreiben: Wer sich dafür ausspricht, Millonigs Begeisterung für den Anschluss zum Anlass zu nehmen, um sie aus dem öffentlichen Bewusstsein Kärntens zu vertreiben, muss konsequent sein und das auch bei anderen einfordern. Kein Geringerer als der sozialistische Staatskanzler Karl Renner hatte sich in der Arbeiterzeitung öffentlich zu seinem JA bekannt. Wer von den IG Autoren fordert aber in Wien die Umbenennung des Karl-Renner-Rings, einen neuen Namen für das Karl-Renner-Institut, die Streichung des Karl-Renner-Preises, oder die Entfernung des Renner-Denkmal vor dem österreichischen Parlament?
(Dr. Peter Wassertheurer, Obmann KAB Ortsgruppe Wien)

Die Paulskirchenfeier am 18. Mai 2023

Am 18. Mai 2023 traf sich die bundesdeutsche Politprominenz in der Paulskirche zu Frankfurt, um der ersten Sitzung einer freigewählten deutschen Nationalversammlung vor 175 Jahren zu gedenken. Viele der Geladenen dürften auf die Teilnahme verzichtet haben, denn rund die Hälfte der 930 Plätze blieb leer. Die Reden befassten sich überwiegend mit der Bedeutung der „Paulskirche“ für die „Demokratie“,



Einzug der Abgeordneten 1848

nicht mit der Gebietsfrage, dem zweiten Problem, dem man sich 1848 stellen wollte. Das war aber angesichts des vielfach amputierten Deutschlands verständlich. Man kann sich im Nachhinein nur noch ausmalen, wieviel Leid vermieden worden wäre, wenn die gebietsmäßige Zusammenfassung gelungen wäre.

Das neue Mantra ist Europa. Daher erhob Bundespräsident Steinmeier die Ereignisse des Jahres 1848 zu einem europäischen Phänomen, das erst im Nachhinein „nationalisiert“ worden sei. Das stimmt jedoch nur teilweise, wie der Absagebrief Franz Palackys vom 11.4.1848 zeigt. Die Tschechen dachten zuerst an sich, obwohl das Frankfurter Vorparlament „den Slawen“ ausdrücklich die Achtung ihrer Belange zugesichert hatte (WBr. 81,7, 2). Sie waren so-

gar bereit, deswegen auf die Vorteile einer liberalen Verfassung zu verzichten.

Die Sorge um die Demokratie

Steinmeier warnte nachdrücklich vor einer Krise der Demokratie. Hierzu schrieb die FAZ am 19. Mai 2023, S.11, dass man „gerne genauer gewusst hätte, worin die Krise besteht“. Steinmeier schwieg darüber, weil er natürlich nicht zugeben konnte, dass unser Staat unter einem Parteienkartell leidet, das weit in die Medien, die Wissenschaften, die Justiz und andere wichtige Funktionsbereiche hineinreicht. So entsteht oft ein Gefühl der Hilflosigkeit, ja sogar von elementar verletzter Gerechtigkeit. Wenn Randthemen wie Geschlechtswahl und Genderfragen die Schlagzeilen beherrschen, zweifeln viele am Zustand der Gesellschaft. Hier wäre anzusetzen, doch selbst der alte Paulskirchen-Auftrag, die Überwindung der Kleinstaaterei, ist nach 175 Jahren noch nicht ganz abgearbeitet, wenn man das Saarland und die drei Stadtstaaten betrachtet!

Daher war es ziemlich „mutig“, sich in Frankfurt auf das Erbe der Paulskirche zu berufen und sogar bestimmen zu wollen, wer sich der Farben Schwarz-Rot-Gold bedienen dürfe. Die Verantwortlichen unseres Staates hätten allen Anlass zu Bescheidenheit, Demut und Umkehr. Sie sollten bedenken, dass die Paulskirche auch ein Symbol des Scheiterns ist und eine Demokratie nicht nur mit einem lauten Knall, sondern auch leise wimmernd untergehen kann!

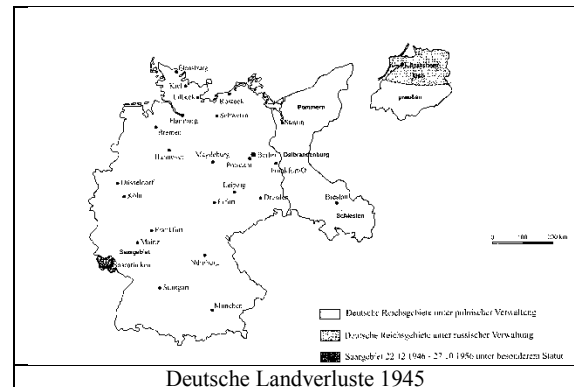
Putin erinnert Polen

In Polen gibt es Gedankenspiele über die Zeit nach dem Ukrainekrieg. So erwägt man die Stationierung polnischer Truppen in dem jetzt umkämpften Land nach einem Waffenstillstand. Das bestätigte Präsident Duda in einem Interview mit der Bild-Zeitung. Außerdem diskutiert man immer wieder über die Aneignung weißrussischen Gebietes.

Präsident Putin verwarf sich am 21. Juli 2023 gegen solche Absichten und drohte mit entschiedensten Gegenmaßnahmen. Dabei sagte er wörtlich:

„Die westlichen Gebiete des heutigen Polens sind ein Geschenk Stalins an die Polen. Haben das unsere Freunde in Warschau vergessen? Wir werden sie daran erinnern.“

Tipp für Herrn Putin: Bei grobem Undank ist Rückforderung des Geschenkes möglich (§ 530 BGB).



Deutsche Landverluste 1945

Der Nachlass von Dr. Walter Becher

Dr. Walter Becher (geb. 1912 in Karlsbad) hat im Mai 1991 seinen "Nachlass", erfreulicherweise sogar in vorgeordneter Form, dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv geschenkt.

Dr. Becher hat seit 1945 stets an führender Stelle nicht nur die Belange der Sudetendeutschen wahrgenommen, sondern auch dem staatlichen Leben überhaupt kräftige Impulse gegeben. Sein Weltbild wurde entscheidend vom Denken Othmar Spanns an der Wiener Universität geprägt, wo er 1936 zum Dr. rer. pol. promoviert wurde (Dissertation: "Platon und Fichte. Die königliche Erziehungskunst").

Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg war er tätig als Redakteur bei der Tageszeitung "Die Zeit" in Prag und Reichenberg, beim Mitteilungsblatt "Wirtschaftshilfe" und beim "Sudetendeutschen Artikeldienst". Er verfasste die Bücher: "Der Blick aufs Ganze. Das Weltbild Othmar Spanns", 1985, 2. Aufl. 1988 und "Zeitzeuge. Ein Lebensbericht", 1990.

Dem Bayerischen Landtag und dem Deutschen Bundestages gehörte er an von 1950-1962 bzw. 1965-1980 für die Deutsche Gemeinschaft

(DG), den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und der Christlich-Sozialen Union (CSU). Von 1955-1982 war er Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates, von 1968-82 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Bei folgenden Institutionen war Dr. Becher Initiator der Gründung bzw. Mitbegründer, teilweise auch Namensschöpfer: Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten, Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen (ab 1955: Sudeten-

Dr. Becher war Mitbegründer und Namensgeber des **Witikobundes**. Vielleicht enthält sein Nachlass die Vorläufer des Witikobriefes (hektografierte Rundbriefe). Wer sucht?

deutscher Rat), Adalbert-Stifter-Verein, **Witikobund (Vorsitzender 1958)**, Collegium Carolinum, .Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste, Freie Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft mit den Völkern der Tschechoslowakei. Viele Jahre war er Mitglied des Bayerischen Rundfunkrates sowie des Stiftungsrates der Sudetendeutschen Stiftung.

Der "Nachlass" umfaßt u.a. Unterlagen über die Vaterstadt Karlsbad und die alteingesessene Familie Becher (wer kennt nicht den Magenlikör "Becherbitter"?), Lehrer und Schüler des Staatsrealgymnasiums Karlsbad (dort Matura 1931), die Jugendbewegung in der Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen und die Sudetendeutsche Partei; Dokumente zur geistig-politischen Diskussion (Philosophie, Naturwissenschaft, Geschichte, Dichtkunst, Ordo-Wirtschaft usw.); Tagebücher, Terminkalender; viele Reden-Manuskripte und -Konzepte; Material betreffend die und von den oben genannten Organisationen und Institutionen (besonders hervor-



Dr. Walter Becher, SL-Sprecher 1968-82, beim ST 1973 in München

zuheben: Protokolle der Fraktionssitzungen des BHE im Bayerischen Landtag von 1950-1962); Dokumente zur Innenpolitik in Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland, zur deutschen Außenpolitik in für die Vertriebenen besonders schicksalsschwerer Zeit (EKD-Denkschrift 1965, Ringen um die Ratifizierung der Ostverträge und insbesondere des Prager Vertrags in den frühen 70er Jahren usw.); Material zur "Aufklärungsarbeit" für die Sudetendeutschen in den USA (14 Reisen dorthin; Kontakte vor allem zu Kongreßmitgliedern, aber auch zur UNO); Dokumente zu den Angriffen gegen Dr. Becher aus der Tschechoslowakei, aber auch aus dem Inland; Unterlagen über das Collegium Carolinum, insbesondere über seine Aufgabenstellung.

Nach Abschluß der noch laufenden Erschließungsarbeiten steht der Nachlaß im Rahmen der Benützungsortung in der Abteilung Nachlässe und Sammlungen für die Forschung zur Verfügung. (We)

Vertreibung im Indischen Ozean

Der Archipel der Chagos-Inseln liegt im Indischen Ozean und gehört zu Mauritius. Als dieses 1968 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, galt das nicht für den Chagos Archipel.

Dieser wurden von Mauritius abgespalten und als Militärbasis an die USA verpachtet.

Mit der indigenen Bevölkerung machte man kurzen Prozess und vertrieb sie. Teils mussten die Menschen binnen einer Stunde ihre persönliche Habe in einem Koffer verstauen und zum Abtransport bereitstehen. Die Zielorte lagen neben Mauritius auch auf den Seychellen und in Großbritannien selbst.

Die USA richteten auf der Hauptinsel des Archipels, Diego Garcia, einen Luftwaffenstützpunkt ein, von dem aus sie auch gegen Afghanistan und den Irak operierten.

Die Vertriebenen Insulaner waren aber nicht bereit, auf ihr Heimatrecht zu verzichten und erstritten im Februar 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ihr Recht auf Rückkehr. Auch die UN-Vollversammlung forderte England auf, diesem Urteil bis Mai 2023 Folge zu leisten,

was aber nicht geschah. Die Insulaner hoffen nun auf die Wahlen in England im Dezember 2023, denn die jetzige sozialistische Opposition möchte, dass sich England von seiner letzten Kolonie trennt. Betroffen waren 1968 knapp 2.000 Inselbewohner, von denen jetzt noch 596 leben. Mit ihren Nachkommen haben rund 9.800 Menschen Heimatrecht auf den Chagos-Inseln. Ihr Sprecher, Rechtsanwalt



Verlassene Farm auf Chagos

Bancoult, hat die Vertreibung als Knabe miterlebt und sagte: "Wir lebten in Frieden und Harmonie, bis Großbritannien diesen Stützpunkt einrichten ließ. Seither leiden wir darunter, dass wir nicht in unserer Heimat leben dürfen. Es ist hart, fernab der Heimat alt zu werden. Die meisten meiner Generation wollen an ihrem Geburtsort sterben."

Nachfrage im Deutschen Bundestag

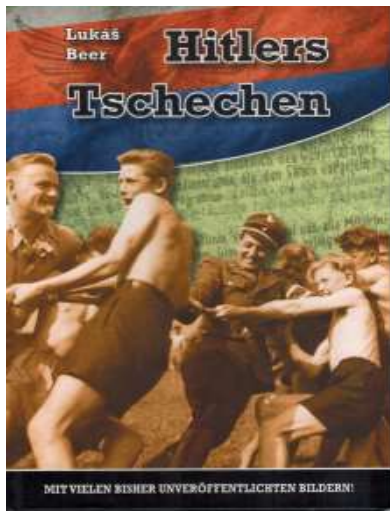
Deutschland hatte kürzlich den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat. Das nahm die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Anlass für eine Anfrage an die Regierung. Sie wollte

wissen, was Deutschland für die Durchsetzung des den Haager Beschlusses getan habe. Die Antwort war diplomatisch ausweichend, wahrscheinlich auch, um europäische Vertreter-Freunde nicht zu irritieren. Es ist aber gut, dass es in den Haag jetzt einen weiteren Präzedenzfall gibt.



Mauritius: Pfeil links; Chagos-Inseln: Pfeil Mitte

Die Menschenrechte sind alternativlos



Neu! ! € 45,- (ein absolutes MUSS!)



€ 5,-



€ 11,-



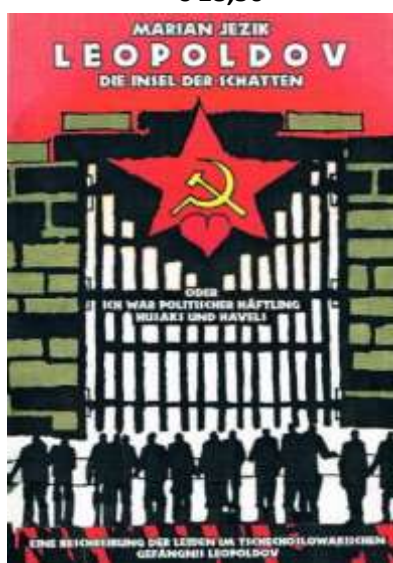
€ 18,50



€ 10,-



€ 10,-



€ 10,-



€ 30,-



€ 25,-

Bestellungen bitte über witikobund-bundesverband@freenet.de oder über die Anschriften im Impressum!